

Das Magazin der Bundestagsfraktion

# profil:GRÜN



## **SAUBERE LUFT – GUTES KLIMA!**

**SCHWERPUNKT KOHLEAUSSTIEG UND VERKEHRSWENDE**

APRIL 2019



**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**  
BUNDESTAGSFRAKTION

[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)



## PROFIL:GRÜN IM APRIL 2019

### **SAUBERE LUFT – GUTES KLIMA! S. 4–11**

Wir können es uns nicht leisten, bei der Bekämpfung der Klimakrise weiter Zeit zu verlieren. Die Regierung muss den beschlossenen Kohleausstieg zügig umsetzen und die längst fällige Verkehrswende angehen. Oliver Krischer, Annalena Baerbock, Anton Hofreiter und Cem Özdemir erklären in unserem Themendossier, was jetzt zu tun ist.



### **I WANT TO RIDE MY BICYCLE S. 12**

Stefan Gelbhaar kämpft im Verkehrsausschuss für fahrradfreundliche und intelligente Mobilitätskonzepte. Ein Porträt von Tim Meyer.

### **SOZIAL SICHERN – MIT SYSTEM S. 14**

Wir wollen Menschen in jeder Lebensphase vor Armut schützen, von der Wiege bis zur Rente. Markus Kurth, Sven Lehmann und Katrin Göring-Eckardt stellen die grüne Sozialpolitik vor.



### **AUS DEN ARBEITSKREISEN S. 18**

Wir informieren über unsere parlamentarische Arbeit.

### **GRÜN UND GRÜNER S. 22**

Ins Bild gerückt: der Parlamentarische Abend zum Internationalen Frauentag, unsere Solidarität mit der Klimabewegung „Fridays for Future“ und die Konferenz zum Atomausstieg.

**Herausgeberin:** Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, V. i. S. d. P.: Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, **Gestaltung:** Stefan Kaminski, **Titelbild:** Shutterstock, **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Papier:** 90 g Revive Pure, **Auflage:** 88.100, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, **Redaktionsschluss:** 28.03.2019, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr



# KLAR ZUR WENDE?

## **Liebe Leserinnen und Leser,**

weltweit erleben wir die Geburt einer neuen Klimabewegung. Hunderttausende Schülerinnen und Schüler streiken unter dem Motto „Fridays for Future“ jeden Freitag für ihre Zukunft, auch bei uns in Deutschland. Sie dringen darauf, dass die Zeit zu reden vorbei ist, dass es nun allerhöchste Zeit für Taten ist.



Wir Grüne im Bundestag freuen uns über diese Bewegung und nehmen sie zugleich als Mahnung, uns selbst zu hinterfragen. Tun wir genug, um die Klimakrise abzuwenden, tun wir das Richtige? Den neuen Jugendprotest verstehen wir auch als Auftrag, unsere Oppositionsarbeit zu forcieren. Denn ein Jahr nach Arbeitsbeginn ist die Bilanz der Bundesregierung erschreckend dürrig. Beim Klimaschutz hat sie außer der Bildung neuer Arbeitskreise nichts zustande gebracht. Die Ergebnisse der Kohlekommission verstauben in den Schubladen. Energieminister Altmaier hat keine einzige Maßnahme ergriffen, um der Energiewende neuen Schwung zu verleihen. Den Vogel schoss Verkehrsminister Scheuer ab, der seiner eigenen Expertenkommission scheitern ließ. Wirksame Maßnahmen wie ein Ausstieg aus dem Verbrennungsmotor oder eine Besteuerung von PKW nach ihrem CO<sub>2</sub>-Ausstoß lehnt er ab. Es soll am besten alles so bleiben, wie es ist. Während die Uhr tickt, während jeden Freitag die SchülerInnen und Schüler am Bundestag vorbeiziehen, sitzt die Regierung den Klimaschutz immer noch aus.

Dabei liegt auf dem Tisch, was zu tun ist: Es braucht ein verbindliches Klimaschutzgesetz. Der Kohleausstieg muss gesetzlich fixiert und der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie der Stromnetze beschleunigt werden. Wir brauchen eine klimafreundliche Wende in Landwirtschaft und Verkehr.

Klimaschutz birgt viele Chancen, auf mehr Lebensqualität, auf neue, zukunftsfähige Jobs. Aber er verlangt uns auch etwas ab. Besonderes Augenmerk legen wir deshalb darauf, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammenzubringen. Uns ist es wichtig, beim Umstieg auf klimafreundliches Wirtschaften die Menschen mitzunehmen – die Beschäftigten in der Automobilindustrie und anderen Branchen wie auch die Verbraucherinnen und Verbraucher. Erfahren Sie mehr dazu im Themendossier dieser profil:GRÜN, die auch Stellung bezieht zur Zukunft unserer sozialen Sicherungssysteme.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

Herzlich

**DR. ANTON HOFREITER MDB**  
Fraktionsvorsitzender

von Annalena Baerbock und Oliver Krischer

# TURN.

Deutschland muss aus der Kohle aussteigen. Endlich.

Nach einem Jahrzehnt klimapolitischen Stillstands muss die Bundesregierung sich bewegen. Ende Januar hat die Kohlekommission ihren Bericht vorgelegt, mit dem Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser Klimaabkommens gelangen kann. Der Kompromiss war ein Kraftakt. Angesichts des in der Kommission vertretenen Spektrums, vom Bundesverband der Deutschen Industrie bis hin zu Greenpeace und Anti-Kohle-Initiativen, ist das Ergebnis ein Durchbruch. Das heißt aber noch lange nicht, dass es ein großer Erfolg wird. Dazu muss die Bundesregierung die Empfehlungen der Kohlekommission zügig umsetzen und

nachscharfen, die notwendigen Gesetze erarbeiten und dem Bundestag zur Beschlussfassung vorlegen. Danach sieht es aber leider nicht aus.

## ALTMEILER JETZT STILLLEGEN

Die Kohlekommission hat nach monatelangem Ringen geschafft, was die Koalition aus Union und SPD seit Jahren verschleppt hat: Sie hat einen Ausweg aus der Kohlenutzung beschrieben. Der Bericht entfaltet eine hohe Bindungswirkung für alle politischen Ebenen, die jetzt an seiner Umsetzung arbeiten müssen. Und genau darum

Foto: Shutterstock

geht es: Wir können es uns nicht leisten, bei der Bekämpfung der Klimakrise weiter Zeit zu verlieren.

Der erste Schritt ist, die Sofort-Abschaltung von drei Gigawatt (GW) Braun- und rund 4 GW Steinkohlekapazitäten in die Wege zu leiten. Damit würde nicht nur der CO<sub>2</sub>-Ausstoß aus den ältesten Kraftwerken rasch gesenkt, vor allem im Rheinland, sondern auch die Abbauflächen der Braunkohletagebaue Hambach und Garzweiler könnten kleiner ausfallen. Der Hambacher Wald bliebe erhalten und die weitere Umsiedlung von Dörfern würde hoffentlich vermieden.

## NACHSCHÄRFEN ERFORDERLICH

Nach dieser essenziellen Etappe werden die Empfehlungen der Kohlekommission allerdings dünner. Es fehlt ein konkreter Abschaltplan für die Jahre 2023 bis 2030. Den muss die Bundesregierung nun erarbeiten, damit das Klimaschutzziel 2030 erreicht wird. Und natürlich ist 2038 als Abschaltdatum des letzten Kraftwerks zu spät. Der Bericht sieht daher ausdrücklich vor, es auf 2035 vorzuziehen.

Ein schnellerer Ausstieg ist durchaus möglich, vorausgesetzt, die Bundesregierung löst endlich die Ausbaubremsen für Wind und Sonne und gibt ihre Blockadehaltung gegen einen CO<sub>2</sub>-Preis auf. Die wirtschaftlichen Chancen in den Zukunftsbranchen rund um die erneuerbaren Energien und die Effizienztechnologien wären ein zusätzlicher Grund für den beschleunigten Ausstieg aus der Kohle.

## KEIN BLANKOSCHECK FÜR KONZERNE

Es geht also nicht um das Ob, sondern um das Wie des Kohleausstiegs. Dazu gehört auch der Vorschlag der Kommission, die Kraftwerke nur im Konsens mit den Betreibern abzuschalten: Dieser öffnet das Tor zu Entschädigungszahlungen für jahrzehntealte, längst abgeschriebene Meiler. Die Eigentümer der Kraftwerke haben keinen wirklichen Rechtsanspruch auf derartige Entschädigungen. Es wären also Geschenke an die Konzerne auf Kosten der Steuerzahler, die die Bundesregierung auch politisch verantworten müsste. Den Beschäftigten oder dem Strukturwandel in den Kohleregionen nützen sie übrigens auch nichts.

Die Menschen in den Revieren erwarten aber zu Recht eine tragfähige Perspektive für die Zeit nach der Kohle. Neue Jobs und Weiterbildungsangebote für die in der Kohleindustrie Beschäftigten sind dazu ebenso erforderlich wie der Ausbau der Infrastruktur (siehe Seite 7).



Foto: Klammerrlaif

## DIE BUNDESREGIERUNG IST AM ZUG

Eines steht fest: Aus klimapolitischer Sicht sind die Ergebnisse der Kohlekommission seit Jahren der erste Lichtblick. Darüber hinaus ist weit und breit kein Fortschritt absehbar. Im Gegenteil: Im Verkehrsbereich hat die Bundesregierung bisher keinerlei Vorstellung erkennen lassen, wie sie die Klimaschutzziele erreichen will. Die Vorschläge einer Expertenkommission hat der Verkehrsminister rundweg abgelehnt, ebenso ein Tempolimit auf Autobahnen.

Keinen Deut besser agiert Bundesinnenminister Seehofer, der auch für das Thema Bauen verantwortlich ist. Er weigert sich, Klimaschutzmaßnahmen auch nur zu benennen. Eine im Koalitionsvertrag vereinbarte Gebäudekommission hat er gar nicht erst einberufen.

Zu allem Überfluss ist durch die Politik des Wirtschaftsministers der Ausbau der erneuerbaren Energien völlig eingebrochen. Der von SPD-Umweltministerin Svenja Schulze erarbeitete Entwurf eines Klimaschutzgesetzes wird gerade von der Unionsfraktion öffentlich zerpfückt. Schwer vorstellbar, dass das jüngst installierte Klima-Kabinetten den Karren wieder aus dem Dreck ziehen wird.

## DER DRUCK WÄCHST

Schon jetzt ist klar, dass die Große Koalition die EU-rechtlich verbindlichen Minderungsziele für CO<sub>2</sub> im Verkehr- und Wärmesektor für 2020 deutlich reißen wird. Ohne Kurswechsel ist auch die Vorgabe bis 2030 unerreichbar. Für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler wird das teuer. Der Ankauf von neuen Emissionsrechten wird bis 2030 bis zu 60 Milliarden Euro kosten. Unterlassener Klimaschutz geht aber vor allem zulasten künftiger Generationen. Es ist daher richtig und nur zu verständlich, dass jeden Freitag Tausende Schülerinnen und Schüler auf die Straße gehen. Dieser Regierung muss man Beine machen, denn beim Menschheitsthema Klimaschutz versagt sie völlig.

[www.gruene-bundestag.de/kohleausstieg](http://www.gruene-bundestag.de/kohleausstieg)

# HAMBI? MUSS BLEIBEN!

Einst war der Hambacher Wald mit 4.000 Hektar das größte Waldgebiet des niederrheinischen Tieflands. Eigentlich müsste dieser Wald mit seinen Stileichen und Hainbuchen europäisches Schutzgebiet sein. Doch ein Beschluss der SPD-Landesregierung aus den 1970er-Jahren machte ihn zum größten Braunkohletagebau der Welt. Jahr für Jahr fraß er 100 Hektar Wald. In klimaschädlichen, ineffizienten Kraftwerken wurde aus der Braunkohle Strom erzeugt.

Lange Zeit hatte kaum jemand ein Problem damit – bis uns Grüne, die Bürgerinitiativen und den BUND, der jahrelang juristisch gegen den Tagebau kämpfte. Mehr Aufmerksamkeit erregte die Vertreibung Zehntausender Menschen im benachbarten Braunkohletagebau Garzweiler. Dort gelang den Grünen in der Landesregierung 2014 ein Teilerfolg, gegen den erbitterten Widerstand von SPD, CDU und FDP. Der Tagebau Garzweiler wurde verkleinert und 1.500 Menschen vor der Zwangsumsiedlung gerettet – bis dahin unvorstellbar in Nordrhein-Westfalen.

## SYMBOL DER KLIMABEWEGUNG

Im Dürresommer 2018 rückten die noch verbleibenden 500 Hektar Hambacher Wald schlagartig in den Fokus der Öffentlichkeit, als RWE Vorbereitungen zur Rodung des Waldes traf. In einem der größten und absurdesten Einsätze in der Geschichte NRW räumte die Polizei die Baumhäuser der Umweltschützer. Der Hambacher Forst wurde zum Symbol der Klimabewegung. Denn die Menschen verstanden nicht, warum man im Rheinland mit Kettensägen Fakten schaffen wollte, während in Berlin über den Kohleausstieg verhandelt wurde. Beinahe tägliche Proteste bis hin zur größten Klimaschutzdemo in der Region mit 50.000 Menschen am 6. Oktober ließen die Stimmung endgültig kippen. CDU-Ministerpräsident Laschet heizte den Konflikt zusätzlich an. Erst ein Rodungsstopp, den der BUND beim Oberverwaltungsgericht Münster erwirkte, schuf den nötigen Raum für eine politische Lösung.



Den hat die Kohlekommission nun genutzt. Der von ihr vereinbarte Kompromiss ist die Basis für ein Ende der Kohleverstromung in Deutschland. Im Zuge dessen sollen die Tagebauflächen erheblich verkleinert werden. 500 Hektar Hambacher Wald können erhalten und zum Schutzgebiet werden. Die bedrohten Dörfer dürfen wieder hoffen. Doch für eine Entwarnung ist es noch zu früh, denn die rechtliche Auseinandersetzung um den Erhalt des Hambacher Waldes läuft weiter.

Es ist jetzt an Bundes- und Landesregierung, die Vorschläge der Kohlekommission umzusetzen und Klarheit für die Betroffenen zu schaffen. Alles andere wäre eine Katastrophe: fürs Klima wie für den Hambacher Wald, für die Dörfer wie für die Beschäftigten in der Kohleindustrie, die neue Perspektiven brauchen.

[www.gruene-bundestag.de/kohleausstieg](http://www.gruene-bundestag.de/kohleausstieg)



**OLIVER KRISCHER MDB**  
Stv. Fraktionsvorsitzender

# WIE WEITER IN DER LAUSITZ?

Lange gründete die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands auf den heimischen Kohlevorräten. Heute sind es die erneuerbaren Energien und Effizienztechnologien, die für eine zukunftsfähige Wirtschaft stehen. Über 320.000 Arbeitsplätze stellen sie schon. Allein in Brandenburg arbeiten bereits über 17.000 Menschen in diesem Bereich, doppelt so viele wie in der Kohleindustrie.

## ALTE FEHLER NICHT WIEDERHOLEN

Jetzt haben wir noch ausreichend Zeit, den Wandel zu gestalten. Doch wir sollten nicht zu lange warten, sonst drohen die gleichen Probleme, mit denen das vom Steinkohlebergbau geprägte Ruhrgebiet noch heute kämpft. Hier hat man zu lange an der Kohle festgehalten. Milliarden wurden in die Kassen der Energiekonzerne geschauvelt, um überlebte Strukturen zu konservieren. Den Menschen vor Ort hat es wenig gebracht. Diese Fehler dürfen wir in der Lausitz nicht wiederholen.

Stattdessen brauchen wir einen intelligenten Mix für eine Neuausrichtung in den Kohleregionen. Zielgerichtete Förderprogramme für zukunftsfähige Investitionen, wie z. B.

flächendeckender Breitbandausbau, müssen gemeinsam mit den Menschen vor Ort entwickelt werden. Essenziell ist zudem der Umbau der Kohlekonzerne und ihrer Zulieferfirmen hin zu erneuerbarer Energieerzeugung und Speichertechnologien, um Kompetenz und Identität in den Regionen zu halten. Sinnvoll ist auch eine „Task Force Strukturwandel“, die gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren vor Ort zielgenaue Konzepte entwickelt. Kommunen können bei der Erschließung von Gewerbeflächen neue Wege gehen. Sie könnten in Vorleistung gehen und beginnen, Planungsrecht umzusetzen und damit Flächen zur Vorbereitung innovativer Geschäftsfelder, zum Beispiel für eine Batteriezellenproduktion oder Unternehmen für autonomes Fahren, vorbereiten. Auch Forschungsinstitute oder Kultureinrichtungen ebenso wie Bundesbehörden müssen sich in diesen Regionen ansiedeln. Beim Ausbau der Infrastruktur in der Lausitz muss auch das Schienennetz ausgebaut werden. Wichtig ist insbesondere ein zweites Gleis auf der Strecke von Berlin nach Cottbus und weiter nach Dresden, um die Regionen miteinander zu vernetzen und zu stärken.

## CHANCEN ÖKOLOGISCHER MODERNISIERUNG NUTZEN

In der ökologischen Modernisierung liegen große Chancen. Wer intelligente Technologien frühzeitig nutzt, neue Produkte entwickelt und seine Lebensweise so anpasst, dass die Atmosphäre nicht länger aufgeheizt wird, wird zum Vordenker und Wegbereiter. Der Wettbewerb um saubere, grüne Technologien hat für die Wirtschaft, die Beschäftigten und die Umwelt großes Potenzial. Das muss die Politik mutig ausschöpfen.

[www.gruene-bundestag.de/energie](http://www.gruene-bundestag.de/energie)




**ANNALENA BAERBOCK MDB**  
Stv. Mitglied im Ausschuss  
für Wirtschaft und Energie

**DIE VERKEHRSWENDE  
MUSS *JETZT* KOMMEN!**



Foto: Shutterstock

# ZEIT, DASS SICH WAS DREHT



Mitte der 2030er-Jahre gehören Pendlerstress, verstopfte Straßen und Stickoxiddebatten der Vergangenheit an. Mobilität ist für alle da: bequem, bezahlbar und emissionsfrei. Die Metropolregionen zeichnen sich ebenso wie ländliche Gegenden durch ein hervorragendes Radwegenetz aus. In der Stadt ist man mit Lastenrad, Elektroscooter und anderen Elektro-Kleinstfahrzeugen zügig unterwegs. Attraktive grüne Fußwege werden gerne genutzt. Als Maßstab gilt, dass sich Kinder sicher bewegen können und auch mobilitätseingeschränkte Bürgerinnen und Bürger selbstständig zurechtkommen. Eine neue Kultur der Rücksichtnahme hat die Zahl der Verkehrsoffer massiv gesenkt. Im öffentlichen Nahverkehr ist man mit dem Mobilpass gut unterwegs. Per App kann man sich unkompliziert und umfassend über das Reiseangebot informieren und zum bestmöglichen Preis mitfahren. Die Fahrgastzahlen in Bussen und Bahnen haben sich verdoppelt, der Komfort auch: Echtzeitinformation und dichte Taktung, günstige Tickets und moderne Fahrzeuge, Sicherheit und Sauberkeit machen den ÖPNV attraktiv. Pendlerinnen und Pendler kommen im Regional- und Nahverkehr gut zur Arbeit. Alle Verkehrsverbünde bieten günstige Jahrestickets an. Per Bahn lässt sich jede Region des Landes zuverlässig, preiswert und bequem erreichen. Umsteigeverbindungen greifen nahtlos ineinander. Bahnfahren ist damit unkompliziert für alle. Zug um Zug haben Sprinterverbindungen ein attraktives Angebot geschaffen, das den innerdeutschen Flugverkehr übertrifft. Auch das europäische Bahnnetz wächst zusammen, grenzüberschreitende Nachtzüge werden zum Standard. Das Autofahren hat sich gewandelt: Autos fahren vernetzt, zunehmend autonom und werden immer öfter miteinander geteilt. Der Verkehr fließt entspannter. Neuwagen fahren mit grünem Strom effizient, leise und mithilfe digitaler Assistenzsysteme so angepasst, dass sich kaum noch Unfälle ereignen.

Dank eines leistungsstarken ÖPNV und mehr Radverkehr haben wir in den Städten viel Platz zurückgewonnen. Lieferanten, Handwerker und alle, die auf das Auto angewiesen sind, kommen besser voran. Vielerorts sind autofreie Quartiere entstanden. Bäume, Spielplätze und Bänke sorgen für neue Lebensqualität.

### ... UND HEUTE?

Von moderner Mobilität, wie sie in 15 Jahren aussehen könnte, ist Deutschland heute noch weit entfernt. Skandale um Betrügereien bei Dieselfahrzeugen und drohende Fahrverbote dominieren die verkehrspolitische Debatte. Unsere Bundesregierung stellt die Vergangenheit über die Zukunft der Mobilität. „Gegen jeden Menschenverstand“ findet Verkehrsminister Scheuer ein Tempolimit auf Autobahnen, wie es die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet. Wir Grüne im Bundestag bleiben trotz solcher Provokationen hartnäckig an den drängenden Fragen: Wie schlau ist es, weiterhin einseitig den Straßenverkehr zu fördern, wenn der Anstieg der Auspuffgase alle verabredeten Klimaschutzziele unterläuft? Wie aussichtsreich ist es, den fossilen Verbrennungsmotor zu hätscheln, wenn überall auf der Welt klimafreundliche Technologien gefragt sind? Letztlich produziert diese Politik nur noch mehr Staus und höhere volkswirtschaftliche Kosten, bietet den Menschen aber kein Plus an Mobilität.

Deutschland steckt in einer Mobilitätskrise, ablesbar an nüchternen Zahlen. Ob es um überschrittene Grenzwerte für die Luftqualität oder den Flächenfraß geht, um Stunden, die wir im Stau oder beim Warten auf die Bahn verlieren – wer die Fakten sieht, sollte zum Umdenken bereit sein.

### BYE-BYE, CO<sub>2</sub>

Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir dem fossilen Verbrennungsmotor Lebewohl sagen. Erdöl für Verkehr und Transport zu verbrennen ist eine veraltete Technologie, aus der wir bis 2030 fast um die Hälfte und bis 2050 sogar komplett aussteigen müssen. Eine gewaltige Herausforderung. Es ist also an der Zeit, dass sich was dreht. Umfragen zeigen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger längst eine Neuausrichtung der Verkehrspolitik erwarten. Natürlich ist die Verkehrswende kein Selbstläufer. Wer behauptet, alles könne so bleiben, macht den Menschen etwas vor. Wer im Stil unseres CSU-Verkehrsministers die Augen verschließt oder sich damit begnügt, das Wort „Digitalisierung“ oft genug aufzusagen, macht es sich entschieden zu einfach. Wir Grüne im Bundestag wollen Klimaschutz und zugleich bezahlbare Mobilität garantieren. Das wird nur mit einem Mix aus finanziellen Anreizen, neuen Angeboten und ausdauernden Investitionen gelingen. Was zu tun ist, ist klar: Zum einen gilt es, in den kommenden Jahren Bus und Bahn sowie Rad- und Fußverkehr massiv auszubauen, mehr Car- und Ridesharing zu etablieren und diese Angebote miteinander zu vernetzen.

Zum anderen muss im Auto- und Lkw-Verkehr eine Energiewende stattfinden – weg vom fossilen Verbrennungsmotor, hin zu emissionsfreier Mobilität. Wer diese Entwicklung ausbremst, fährt den Klimaschutz an die Wand. Deshalb ist auch der Kulturkampf um den fossilen Verbrennungsmotor, den Verkehrsminister Scheuer, Teile der Union, die FDP und auf besonders haarsträubende Weise die AfD entfachen wollen, rückwärtsgewandt und ideenlos. Das Retro-Lager koppelt sich selbst vom dringend notwendigen Diskurs über die Zukunft der Mobilität ab. Diese vermeintlichen Freunde der Automobilwirtschaft sind falsche Freunde. Denn sehr spät und zögerlich – aber immerhin – investiert die Automobilindustrie in emissionsfreie Antriebe und neue Mobilitätsdienstleistungen. Das sichert deutsche Standorte und wertvolle Arbeitsplätze. An der Automobilwirtschaft wird sich beispielhaft für das 21. Jahrhundert zeigen, ob die Transformation einer Schlüsselindustrie im laufenden Betrieb gelingt. Uns Grünen im Bundestag ist daran gelegen, den Wandel tatkräftig zu unterstützen: für Wirtschaft und Beschäftigte, für uns NutzerInnen und die Umwelt.

### KLIMAFREUNDLICH ANKOMMEN

Um die Verkehrswende zum Erfolg zu führen, brauchen wir attraktive Angebote, die den Bürgerinnen und Bürgern das Umsteigen leicht machen. Gute Beispiele gibt es viele: Die Schweiz und Österreich profitieren von mutigen Investitionen in Bus und Bahn. Norwegen ist bereits Vorreiter bei Elektroautos, Kopenhagen steht beispielhaft für eine fahrradfreundliche Stadtentwicklung. Wo die Verkehrswende schon stattfindet, lebt die Umwelt auf, bewegen sich die Menschen gesünder, sind Städte attraktiver und ländliche Räume besser angebunden. Eine zukunftsorientierte Wende in der Verkehrspolitik, wie wir Grüne im Bundestag sie wollen, stärkt vor allem die Bahn. „Schiene vor Straße“ heißt das Motto. Statt weiterhin viele Milliarden in neue Straßen zu stecken, wollen wir in den flächendeckenden Ausbau des Schienennetzes investieren. Moderne Bahnhöfe sollen attraktive Verkehrsdrehscheiben werden. Die Bahn muss wieder der verlässliche Mobilitätsgarant werden, den wir alle erwarten.

Verkehrsminister Scheuer redet zwar gern davon, dass er die Bahn stärken will. Doch die notwendigen Mittel für die Modernisierung und Digitalisierung der Schiene bleiben aus. Zugleich subventioniert der Bund Dieselmotoren und spritschluckende Dienstwagen Jahr für Jahr mit über zehn Milliarden Euro. Auch der Radverkehr braucht mehr als schöne Worte. Ordentlich Rückenwind brächte ein Update der Verkehrsregeln. Die stammen noch aus einer Zeit, als es darum ging, dem Auto möglichst viel Platz freizuräumen. Fazit: Die Verkehrswende kommt nicht von allein und auch nicht durch politische Sonntagsreden. Wir haben es in der Hand, sie auf den Weg zu bringen.

[www.gruene-bundestag.de/mobilitaet](http://www.gruene-bundestag.de/mobilitaet)



**DR. ANTON HOFREITER MDB**  
Fraktionsvorsitzender



**CEM ÖZDEMİR MDB**  
Vorsitzender im  
Ausschuss für Verkehr  
und digitale Infrastruktur

## INTERVIEW

mit Stephan Kühn,  
Sprecher für Verkehrspolitik



*Wie schaffen wir den Umstieg auf Elektroautos?*

**S.K.:** Die Bundesregierung muss Elektromobilität attraktiver machen. Zurzeit subventioniert sie Dieselfahrzeuge steuerlich stärker, als sie E-Fahrzeuge fördert. Wir Grüne im Bundestag wollen das ändern, indem wir die Kaufprämie für E-Autos in eine moderne Kfz-Steuer integrieren. Klimaschädliche Spritschlucker würden höher besteuert, damit ließe sich die Prämie für E-Autos gegenfinanzieren. Außerdem muss es mehr Ladesäulen geben: Verkehrsminister Scheuer müsste endlich das Förderprogramm aufstocken und unbürokratischer machen.

*Was kann Elektromobilität zum Klimaschutz beitragen?*

**S.K.:** Der Verkehr ist das klimapolitische Sorgenkind: Bis 2030 müssen die Emissionen in diesem Bereich um 40 bis 42 Prozent sinken, doch bislang steigen sie sogar. Autos sind für zwei Drittel dieser Emissionen verantwortlich. Dem Klimaschutz hilft deshalb jedes E-Auto, das einen Verbrenner ersetzt. Doch nur den Antrieb zu wechseln macht noch keine Verkehrswende. Wir müssen echte Alternativen zum eigenen Auto schaffen, also das Angebot bei Bus und Bahn sowie Radwege deutlich ausbauen. Je mehr Menschen auf den Umweltverbund umsteigen, desto besser.

*Elektroautos gelten wegen ihrer geringen Reichweite als unflexibel. Stimmt das?*

**S.K.:** Da tut sich zurzeit ganz viel, es kommen immer mehr Modelle mit besseren Reichweiten auf den Markt. Für die Alltagsmobilität reichen E-Autos aber schon heute aus: Zwei Drittel aller Autofahrten sind ja kürzer als zehn Kilometer, nur fünf Prozent länger als 50 Kilometer. Außerdem: Wer sein Auto über Nacht daheim auflädt, fährt morgens immer mit vollem Stromtank los – das kann kein Verbrenner. Wir wollen auch in Mehrfamilienhäusern den Einbau von Ladestationen erleichtern, doch die Bundesregierung steht auf der Bremse.

# I WANT TO RIDE MY BICYCLE

Die Stadt der Zukunft gehört dem Fahrrad, sagt Stefan Gelbhaar. Im Verkehrsausschuss des Bundestages kämpft er für umweltfreundliche und intelligente Mobilität.

Von Tim Meyer

„Wenn ich mein Kind zur Schule schicke, will ich mir keine Sorgen machen müssen. Sicher, leise, sauber, bezahlbar und barrierefrei – das ist meine Vision von städtischer Mobilität.“ Stefan Gelbhaar ist selbst Vater, er weiß, wovon er redet. Natürlich müsse man den Weg mit den Kindern auch üben, doch es geht ihm ganz grundsätzlich um mehr Sicherheit auf den Straßen. Dazu gehört auch ein intelligenter Mix der Verkehrsmittel. Die Menschen sollen die Wahl haben, nach Lust und Bedarf das Fahrrad, den ÖPNV oder auch mal das – idealerweise geteilte – Auto nutzen.

Während er spricht, wandert sein Blick über die kahlen Wände: „Ja, hier lenkt wirklich nichts ab.“ Wenn er im Büro sitzt, redet er mit Leuten, liest in Unterlagen oder am Computer. Deshalb spart er sich die Dekoration. „Aber im nächsten Sommer könnte ich hier dann gut einen Beamer haben und mal ein EM-Spiel schauen“, sagt er und lacht.

In Berlin ist es beim Fußball für ihn der 1. FC Union. Bei Union geht es jedoch nicht nur um Fußball, sondern auch darum, wie die Fans beispielsweise selbst den Bau der

Stadionerweiterung in die Hand genommen haben oder jedes Jahr an Weihnachten ihre Sofas auf den grünen Rasen tragen, um dort zu singen, erzählt der 42-Jährige.

Seit 2017 sitzt der gelernte Rechtsanwalt im Bundestag, aber angefangen hat alles in den wilden 90ern. Da wurde er politisiert. In Berlin-Friedrichshain geboren und in Pankow aufgewachsen erlebte er den gesellschaftlichen Umbruch nach dem Fall der Mauer. Er bekam mit, wie schnell sich die Gesellschaft wandelte und was das mit den Menschen machte. „Etwa die hammerharte Deindustrialisierung als extrem schneller Prozess mit enormer Arbeitslosigkeit“, erinnert sich Stefan Gelbhaar. „All das wurde kaum gesehen. Das hat mich angefasst.“ Weil er sich dazu politisch verhalten wollte, suchte er nach einem Weg, sich zu engagieren, und wurde bei Bündnis 90/Die Grünen fündig. 2000 trat er in Pankow in die Partei ein, wo er auch heute seinen Wahlkreis hat.

Zu den Themen Stadtentwicklung und städtische Mobilität ist Stefan Gelbhaar über seinen Beruf und seine Arbeit als Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin gekommen. „Bei einem Juristen treffen Strafrecht und

Verkehrsrecht häufig aufeinander“, sagt er und lächelt. Als Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen Berlin fing er an, gegen die Verlängerung der A100 zu kämpfen. „Eine Autobahn quer durch die Stadt?“ Er schüttelt jetzt noch verständnislos den Kopf. „Was im Westen vielleicht richtig war, muss nicht auch im Osten oder einer zusammengewachsenen Hauptstadt richtig sein.“

## STEFAN GELBHAAR MDB

Seit 2000: Mitglied bei Bündnis 90/Die Grünen  
2005 bis 2008: Vorsitzender im Pankower Kreisverband von Bündnis 90/Die Grünen  
2008 bis 2011: Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Berlin  
2011 bis 2017: Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin  
Seit 2017: Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr

Zur gleichen Zeit begannen die Berliner Grünen, für eine fahrradfreundliche Stadt zu trommeln. Es ging schon damals um mehr Sicherheit und eine bessere Infrastruktur. Daraus folgten bald eine Studie und ein Konzept für ein Fahrradstraßennetz. Über die Jahre bildete sich ein Netzwerk aus verschiedenen Initiativen, 2016 machte der Volksentscheid Fahrrad Furore. 2018 machte Berlin deutschlandweit mit dem Berliner Mobilitätsgesetz von sich reden. Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel sollen in der Verkehrsplanung künftig Vorrang vor dem Autoverkehr haben. „Ohne uns wäre das so nicht passiert“, sagt er. „Wir haben kräftig angeschoben.“

Aktuell arbeitet Stefan Gelbhaar am Projekt Mobilpass. „Wenn jemand von Stralsund nach Köln fahren will, soll er sich keine Gedanken über das Wie machen müssen“, erklärt er. „In der App muss das alles radikal einfach sein, sodass ich mit zwei, drei Klicks das ideale Ticket habe.“ Damit es für die Endverbraucher so einfach ist, muss die digitale Technik im Hintergrund einwandfrei funktionieren. Das ist kompliziert, weil es in Deutschland mehr als 500 Verkehrsunternehmen und unglaublich viele Verkehrsverbünde gibt. Doch noch diesen Sommer soll das Konzept stehen. „Es ist ein gutes Stück Arbeit, aber es wäre ein großer Schritt, wenn das kommt“, sagt er und seine Augen leuchten.

# SOZIAL SICHERN – MIT SYSTEM.

**Der Wandel unserer Arbeitswelt verlangt neue Antworten in der Sozial- und Rentenpolitik. Wir Grüne im Bundestag wollen das Vertrauen in unsere sozialen Sicherungssysteme stärken und Menschen zuverlässig vor Armut schützen.**

Unsere Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Zwar ist die Erwerbslosigkeit weiterhin auf relativ niedrigem Niveau, doch durch die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat das sogenannte Normalarbeitsverhältnis stärker an Bedeutung verloren. Junge Menschen können nicht mehr darauf bauen, bis zur Rente unbefristet und in Vollzeit tätig zu sein – womöglich noch beim selben Arbeitgeber. Andererseits schätzen viele ArbeitnehmerInnen auch eine selbstbestimmte Flexibilität im Berufsleben. In der modernen Arbeitswelt sind die Erwerbsbiografien vielfältiger und schneller geworden, aber auch unsicherer geworden. Der Anteil atypischer Beschäftigter in Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung oder an Zeit- und Leiharbeit ist gestiegen und verharrt auf hohem Niveau. Diese Transformation der Arbeitswelt wird sich fortsetzen. Die Digitalisierung wird Arbeitsplätze verdrängen, andere, die wir uns heute noch nicht vorstellen können, werden neu entstehen.

## NEUE ANFORDERUNGEN AN SOZIALE SICHERUNGSSYSTEME

Mit dem Wandel der Arbeitswelt verändern sich die Anforderungen an die sozialen Sicherungssysteme. Eine Herausforderung auch für uns, grüne Sozialpolitik weiterzuentwickeln. Dabei leiten Teilhabe, Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit als zentrale Werte unser Handeln. Wir Grüne im Bundestag wollen das Vertrauen in

unsere sozialen Sicherungssysteme stärken und Menschen in jeder Lebensphase wirksam vor Armut schützen. 15 Jahre nach den großen arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen müssen wir feststellen: Mit Hartz IV ist das Vertrauen in den Sozialstaat brüchig geworden. Denn wer einmal in der Grundsicherung für Arbeitssuchende ist, findet oft nur schwer wieder hinaus. Er kann in jedes noch so prekäre und unpassende Arbeitsverhältnis vermittelt werden. Genau das aber müssen wir beenden. Wir wollen einen modernen Sozialstaat, der angesichts eines sich verändernden Arbeitsmarktes soziale Sicherheit für alle garantiert.

## GARANTIESICHERUNG OHNE SANKTIONEN

Die negativen Folgewirkungen von Hartz IV bekommen nicht nur die Menschen zu spüren, die Grundsicherung beziehen. Auch in der Mittelschicht ist die Angst vor sozialem Abstieg angekommen. Trotz Arbeit zu wenig zum Leben zu haben, ist keine Ausnahmerecheinung, jeder zehnte Erwerbstätige ist mittlerweile davon betroffen. Die Ursachen sind vielfältig. Zum einen haben die Arbeitsmarktreformen die Entstehung atypischer und oftmals prekärer Beschäftigungsverhältnisse begünstigt, die Niedriglohnbeschäftigung hat zugenommen. Zudem hat sich die Langzeitarbeitslosigkeit verfestigt. Vor dem Hintergrund einer starken wirtschaftlichen Entwicklung der letz-

ten Jahre ist das gesellschaftlicher Sprengstoff. Deshalb wollen wir Hartz IV überwinden.

Unser Ziel ist eine Garantiesicherung ohne Sanktionen für alle Bürgerinnen und Bürger. Damit verbunden wollen wir einen Kulturwandel in den Jobcentern, das heißt Beratung und Betreuung auf Augenhöhe, positive Erwerbsanreize und Motivation statt Sanktionen. Passgenaue Hilfen und garantierte Angebote zur Qualifizierung und Weiterbildung sollen individuell auf Arbeitssuchende zugeschnitten sein. Nur so können Kooperation und Vertrauen entstehen, die für erfolgreiche Beratung und nachhaltige Integration unabdingbar sind.

Soziale Teilhabe und Absicherung sind ein Grundrecht für alle. Die jetzige Grundsicherung löst diesen Anspruch jedoch nur unzureichend ein. Seit Jahren rechnet der Gesetzgeber den Regelsatz willkürlich klein und drückt ihn nach unten. So koppelt man die Menschen von der gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung ab, untere Einkommen werden niedrig gehalten. Das muss anders werden. Wir wollen die Regelsätze neu berechnen und anheben.

## WENN DIE ARBEIT NICHT ZUM LEBEN REICHT

Etwa 1,2 Millionen Erwerbstätige müssen ihr Einkommen aufstocken, um davon leben zu können. Leih- und Zeitarbeit, Arbeit auf Abruf, Befristungen, Scheinselbstständigkeit oder ungewollte Teilzeit sind für viele Realität. In manchen Regionen sind selbst Alleinstehende mit einem Vollzeitjob auf ergänzende Grundsicherungsleistungen angewiesen – und geraten so ins System der Sozialbürokratie. Auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat daran wenig geändert. Gerechte Löhne sind essenziell für sozialen



# KINDERGRUNDSICHERUNG

SVEN LEHMANN MDB  
Sprecher für Sozialpolitik



Jedes fünfte Kind in unserem Land wächst in Armut auf. Über zwei Millionen Kinder leben von Hartz IV. Das ist in unserem wohlhabenden Land nicht akzeptabel. Vor allem Alleinerziehende oder Geringverdienende sind von Armut betroffen, wenn sie Kinder im Haushalt versorgen. Neben dem Zugang zu guter Bildung ist eine existenzsichernde Förderung von Kindern das A und O, um sie vor Armut zu schützen und Chancen zu schaffen. Die grüne Bundestagsfraktion setzt sich deshalb für eine Kindergrundsicherung ein. Die Ungleichbehandlung von Familien entlang des Einkommens wollen wir beenden. Die Kindergrundsicherung soll automatisch und ohne kompliziertes Antragsverfahren ausgezahlt werden: in Form eines garantierten Betrags für alle Kinder und eines variablen Betrags obendrauf. Kindergeld und Kinderfreibeträge fassen wir in einem garantierten Auszahlungsbetrag zusammen. So entlasten wir auch Familien mit mittlerem Einkommen. Dazu kommt ein variabler Betrag, der den Kinderzuschlag und die Kinderregelsätze ersetzt. Je niedriger das Einkommen der Eltern, desto höher ist die Kindergrundsicherung. Auf diese Weise wird zuverlässig der Mindestbedarf jedes Kindes gedeckt. Die grüne Kindergrundsicherung beendet das Durcheinander unterschiedlicher Leistungen. So stellen wir sicher, dass alle Kinder bekommen, was sie zum Leben brauchen.

## NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE RENTE

Auch grüne Rentenpolitik muss auf sich verändernde Lebenslagen und Berufsbiografien reagieren. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, wie sie angesichts des sinkenden Rentenniveaus ihren Ruhestand gestalten, besonders wenn die zusätzliche Altersvorsorge hinter den Erwartungen zurückbleibt. Und viele sorgen sich vor Altersarmut oder dem Verlust ihres Lebensstandards. Die Menschen erwarten hier neue, verlässliche Antworten. Den gewohnten Lebensstandard soll vor allem die gesetzliche Rente sichern. Deshalb wollen wir das gesetzliche Rentenniveau langfristig stabilisieren. Eine solide Finanzierung der Rentenversicherung ist über einen Maßnahmenmix sicherzustellen. Ergänzend spielen auch Betriebsrenten und die geförderte private Altersvorsorge eine Rolle. Die zweite und dritte Säule der Alterssicherung benötigen einen Neustart. Dazu wollen wir unter anderem einen einfachen, kostengünstigen und sicheren Bürgerfonds einführen, der von einer öffentlichen Stelle verwaltet wird.

Zusammenhalt und Solidarität. Der Mindestlohn muss so hoch sein, dass wer voll arbeitet, in der Regel nicht noch aufstocken muss. Er muss deshalb deutlich steigen, um vor Armut zu schützen. Minijobs und Befristungen ohne Sachgrund müssen zurückgedrängt und das Tarifvertragssystem gestärkt werden.

## HARTZ IV ÜBERWINDEN

Größer, als wir meinen, ist die Gruppe der Menschen, die durch unser soziales Netz fallen: die „verdeckt Armen“. Sie haben einen Anspruch auf Grundsicherungsleistungen, nehmen sie aber aus Scham oder Unkenntnis nicht in Anspruch oder scheitern an der Bürokratie. Schätzungen gehen von mehreren Millionen Menschen in Deutschland aus, die noch gar nicht im System erfasst sind. Hier muss sich grundlegend etwas ändern, wir wollen deshalb eine Garantiesicherung ohne Sanktionen. Darüber hinaus diskutieren wir derzeit ergebnisoffen, ob der Grundbetrag für Menschen ohne oder mit geringem Einkommen automatisch ausgezahlt werden kann. Hinzu kämen dann je nach Bedarf weitere Leistungen, etwa für Unterkunft und Heizung oder Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung. Alternativ dazu prüfen wir, wie die Grundsicherung im bestehenden System zu einem qualitativ erneuerten und bürgerfreundlichen Modell weiterentwickelt werden kann. Unser Ziel ist es, Hinzuverdienst immer zu belohnen und gerade kleine und mittlere Einkommen zu entlasten.

## KINDER EIGENSTÄNDIG ABSICHERN

Um die soziale Mindestabsicherung von Menschen in unterschiedlichen Lebensphasen zu garantieren, haben wir Grüne schon in der Vergangenheit wichtige Beschlüsse gefasst. Die Forderung nach einer Kindergrundsicherung ist hierfür ein gutes Beispiel. Sie bedeutet die eigenständige Existenzsicherung für Kinder jenseits von Hartz IV.

# GARANTIERENTE

MARKUS KURTH MDB  
Sprecher für Rentenpolitik



Ein Schwerpunkt unserer Rentenpolitik ist die grüne Garantierente, um Altersarmut zu bekämpfen. Das Ziel ist eine Rente oberhalb der Grundsicherung für alle Menschen, die den größten Teil ihres Lebens gearbeitet, Kinder erzogen, andere Menschen gepflegt oder sonstige Anwartschaften in der Rentenversicherung erworben haben. Die grüne Garantierente wertet die Renten innerhalb des gesetzlichen Rentenversicherungssystems auf und ist steuerfinanziert.

Sie verhindert, dass Menschen trotz langjähriger Mitgliedschaft in der Rentenversicherung auf Leistungen der Grundsicherung im Alter angewiesen sind: weil sie niedrige Löhne bezogen haben oder zeitweise arbeitslos waren oder weil sie Aufgaben in der Familie wie Pflege oder Kindererziehung übernommen haben.

## SCHRITT FÜR SCHRITT ZUR BÜRGERVERSICHERUNG

Wenn Erwerbsbiografien immer vielfältiger werden, ist die Rentenversicherung umso mehr gefordert. Es gilt, eine verlässliche Sicherung über alle Erwerbsformen hinweg zu gewährleisten. Im Sinne einer solidarischen und inklusiven Gesellschaft wollen wir die Rentenversicherung deshalb schrittweise zu einer universellen Bürgerversicherung weiterentwickeln. In einem ersten Schritt sollen nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige sowie MinijobberInnen, Langzeitarbeitslose und Abgeordnete einbezogen werden. In einem zweiten Schritt wollen wir auch BeamtenInnen sowie weitere Gruppen von Selbstständigen in die Bürgerversicherung integrieren. Dadurch werden Versicherungslücken geschlossen und eigene Ansprüche aufgebaut. Die Bürgerversicherung ist damit nicht zuletzt eine zentrale präventive Maßnahme gegen Altersarmut.

## GESÜNDER LÄNGER ARBEITEN

Wir wollen älteren Beschäftigten ein gesünderes und längeres Arbeiten ermöglichen. Denn für die Akzeptanz der Regelaltersgrenze von 67 Jahren ist es entscheidend, Lösungen für diejenigen zu schaffen, die heute früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden. Wir wollen deshalb die Teilrente attraktiver machen, unter anderem indem wir die Abschläge für besonders belastete Beschäftigte streichen. Die Möglichkeiten auch umfangreicher Weiterbildungen für Ältere sind zu erweitern. Die Erwerbsminderungsrente wollen wir stärken. Präventionsmaßnahmen

müssen zum Standard werden und gemeinsam mit der Rehabilitation noch mehr zum Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit beitragen.

## SICHERHEIT, TEILHABE, SELBSTBESTIMMT LEBEN

Gute Sozialpolitik muss aus grüner Sicht zweierlei leisten: Sie muss Menschen vor Armut schützen beziehungsweise aus Armut holen. Und sie muss Menschen in allen Lebenslagen Sicherheit und Teilhabe garantieren sowie ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Eine zentrale Rolle kommt dabei der Arbeitsmarktpolitik zu, denn sie schafft die Rahmenbedingungen für gute Arbeit und faire Löhne. Grüne Sozialpolitik ist daher untrennbar mit der Arbeitsmarktpolitik verbunden. Die Sicherung des Einkommens bleibt eine Kernaufgabe der solidarischen Sicherungssysteme. Sie müssen attraktiv bleiben, damit Menschen sich auf sie verlassen können. Wir Grüne im Bundestag wollen, dass diese auch für diejenigen attraktiv bleiben, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Unser Anspruch ist, sie zukunftsfest zu gestalten und das Recht auf soziale Teilhabe für alle einzulösen.

[www.gruene-bundestag.de/arbeit](http://www.gruene-bundestag.de/arbeit)  
[www.gruene-bundestag.de/rente](http://www.gruene-bundestag.de/rente)  
[www.gruene-bundestag.de/soziales](http://www.gruene-bundestag.de/soziales)



KATRIN GÖRING-ECKARDT MDB  
Fraktionsvorsitzende

# BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN



Foto: Inna/Redux/laif

## AK EINS

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

### » 10 PUNKTE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Die UN-Behindertenrechtskonvention ist in Deutschland vor zehn Jahren in Kraft getreten. Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein wesentlicher Pfeiler der Konvention. Für viele behinderte Menschen ist dieses Recht jedoch viel stärker eingeschränkt als für Menschen ohne Behinderung – und das in grundlegenden Lebensbereichen. Die grüne Bundestagsfraktion hat deshalb ein 10-Punkte-Programm zur Stärkung der Selbstbestimmung vorgelegt. Unter anderem müssen Unterstützungsleistungen so gestaltet sein, dass sie sich den Wünschen der Menschen anpassen und nicht deren Leben durch Vorgaben einschränken. Das gilt auch für die rechtliche Betreuung. Darüber hinaus brauchen wir ausreichend barrierefreie Wohnungen, Städte und Dörfer, in denen alle Menschen gleichberechtigt leben sowie Produkte und Dienstleistungen nutzen können. Das sind wesentliche Voraussetzungen für eine inklusive Gesellschaft, in der Menschen mit und ohne Behinderungen auf Augenhöhe zusammenleben.

[www.gruene-bundestag.de/behindertenrechtskonvention](http://www.gruene-bundestag.de/behindertenrechtskonvention)

### » FACHKRÄFTE FÜR DIE ARBEITSWELT VON MORGEN

Digitalisierung, Kohleausstieg, Mobilitätswende und demografische Umbrüche stellen Beschäftigte und Unternehmen vor immense Herausforderungen. Darauf antworten wir mit einer umfassenden Fachkräftestrategie. Dabei geht es um eine attraktivere Ausbildung, ein Recht auf Weiterbildung, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, einen inklusiven Arbeitsmarkt bis hin zu einem modernen Einwanderungsrecht und guten Bedingungen für die Integration. Es gilt, die Chancen und Potenziale der EU zu nutzen und Bildung und Ausbildung stärker europäisch zu leben. Klar ist: Wir brauchen gut ausgebildete und top qualifizierte Fachkräfte – heute und morgen. Denn jetzt schon gibt es erhebliche Fachkräfteengpässe. Zeitgleich gibt es aber immer noch verfestigte Arbeitslosigkeit und viele schlecht bezahlte Jobs. Mit unserer Fachkräftestrategie wollen wir alle mitnehmen und sicherstellen, dass die tief greifenden Wandlungsprozesse ohne Ängste gemeistert werden können.

[www.gruene-bundestag.de/fachkraefte](http://www.gruene-bundestag.de/fachkraefte)

## AK ZWEI

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

### » LIEBESSYMBOL BEDROHT

Schon bald könnte es sich ausgeturtelt haben. Dann muss ein neues Kosewort für verliebte Paare gesucht werden. Die Turteltaube, einst eine weitverbreitete Allerweltsart, ist vom Aussterben bedroht. Sie steht damit exemplarisch für das weltweite rasante Artensterben. Umso erfreulicher ist es daher, dass in Bayern das Volksbegehren zum Artenschutz

### » KLIMASCHUTZGESETZ JETZT!

Nicht erst der Hitzesommer 2018 hat auch uns in Deutschland die Klimakrise spürbar gemacht. In diesem Jahr wollte und sollte die Bundesregierung eigentlich ein Klimaschutzgesetz und Maßnahmen verabschieden, damit wenigstens die Klimaschutzziele 2030 eingehalten werden. Doch bisher ist davon nichts in Sicht. Das Bundesumweltministerium wird in seinen Vorstößen gebremst, die Fachministerien mäkeln herum, legen aber keine Klimaschutzvorschläge vor. Wir benötigen aber dringend ein Klimaschutzgesetz mit rechtlich verbindlichen und planbaren Zielen für alle Bereiche. Und wir müssen endlich konkrete Maßnahmen ergreifen, wie zum Beispiel den Einstieg in den Kohleausstieg und die Einführung einer wirksamen CO<sub>2</sub>-Bepreisung in allen Emissionssektoren.

[www.gruene-bundestag.de/klimaschutzgesetz](http://www.gruene-bundestag.de/klimaschutzgesetz)

„Rettet die Biene“ eine noch nie da gewesene Unterstützung erhalten hat. Die Bundesregierung muss das Thema jetzt dringend zur Cheffinnensache erklären und eine Agrarwende einleiten. Wir müssen weg vom Gift auf dem Acker und hin zu mehr Lebensräumen für unsere Vielfalt von Pflanzen und Tieren.

[www.gruene-bundestag.de/artenvielfalt](http://www.gruene-bundestag.de/artenvielfalt)

### » NEUES VOM ABGASSKANDAL

Die Bundesregierung hat das Immissionsschutzgesetz trotz Warnung vieler ÄrztInnen und JuristInnen an die in vielen Städten herrschende schlechte Luft angepasst, anstatt die Gesundheit ihrer BürgerInnen zu schützen. Auch aus Sicht der Europäischen Kommission ist der vorgeschriebene Grenzwert von 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid pro Kubikmeter Luft weiterhin bindend. Deshalb ist es grundfalsch, dass die Bundesregierung jetzt neue Tricksereien mit den Grenzwerten versucht. Wir fordern stattdessen für gesunde Luft in unseren Städten die technische Nachrüstung schmutziger Dieselfahrzeuge auf Kosten der Hersteller. Außerdem wollen wir eine Blaue Plakette zur Vermeidung von allgemeinen Fahrverboten einführen.

[www.gruene-bundestag.de/immissionsschutzgesetz](http://www.gruene-bundestag.de/immissionsschutzgesetz)

Foto: David Tipling/BIOS/OKAPIA



# AK DREI

Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

## » WHISTLEBLOWER-SCHUTZ AUSBAUEN

Beim Anliegen, in der EU mehr Sicherheit für HinweisgeberInnen zu schaffen, stand die Bundesregierung in Person von Justizministerin Barley lange auf der Bremse. Wir setzen uns auf europäischer und nationaler Ebene für einen besseren Schutz von Menschen ein, die auf Missstände hinweisen. Dazu haben wir in dieser Wahlperiode einen detaillierten Gesetzentwurf eingebracht und aktuell einen Antrag, der Nachbesserungen beim Gesetzgebungsvorhaben der Bundesregierung zum Geschäftsgeheimnisschutz fordert. Damit wollen wir unter anderem erreichen, dass Menschen, die Informationen liefern, um irreguläres und eventuell strafbares Handeln aufzudecken, besseren Schutz durch den Gesetzgeber erfahren. In einem solchen Fall darf das Argument der Wahrung eines Geschäftsgeheimnisses der Aufdeckung eines Fehlverhaltens nicht im Weg stehen.

[www.gruene-bundestag.de/whistleblower](http://www.gruene-bundestag.de/whistleblower)

## » UNABHÄNGIGE POLIZEIBEAUFTRAGTE

Viele Tausend Polizistinnen und Polizisten machen ihren harten Job mit Hingabe und mit klarem rechtsstaatlichem Kompass. Aber es gibt immer wieder auch Missstände, die oft erst spät oder auch gar nicht an die Öffentlichkeit kommen. Man denke nur an rechtsextreme Netzwerkstrukturen. Deshalb haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem die Stelle einer oder eines Polizeibeauftragten des Bundes geschaffen werden soll. Diese unabhängige und externe Stelle soll Menschen innerhalb und außerhalb der Polizei gleichermaßen, aber auch Bürger- beziehungsweise Menschenrechtsorganisationen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Sie soll die Möglichkeit bieten, Missstände und Fehler im Hinblick auf die Arbeit der Polizeien des Bundes mitzuteilen, ohne Sanktionen oder berufliche Nachteile fürchten zu müssen. Damit wären Betroffene nicht länger allein auf ein meist langwieriges und erfolgloses Strafverfahren angewiesen. Die Stelle soll darüber hinaus im Auftrag des Bundestags einen unabhängigen Blick auf und in die Institutionen Bundespolizei, Bundeskriminalamt und Bundeszollverwaltung ermöglichen. Damit strukturelle Mängel und Fehlentwicklungen früher und besser erkannt werden können als bisher.

[www.gruene-bundestag.de/polizeibeauftragte](http://www.gruene-bundestag.de/polizeibeauftragte)



Foto: dpa

ein klares Signal gegen nukleare Bewaffnung und einen Abzug der amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland. Dafür haben wir Grüne im Bundestag uns in der Debatte über das Ende des INF-Vertrags von Anfang an eingesetzt.

[www.gruene-bundestag.de/inf](http://www.gruene-bundestag.de/inf)

# AK VIER

Internationale Politik & Menschenrechte

## » INF-VERTRAG: AUFRÜSTUNGSSPIRALE IN EUROPA VERHINDERN

Im Februar 2019 kündigten die USA den INF-Vertrag. Der Vertrag regelt den Verzicht auf nuklear bestückbare Mittelstreckenraketen zwischen Russland und den USA. Seit über zehn Jahren bestehen wechselseitige Vorwürfe des INF-Vertragsbruchs. Nun haben die USA unter Donald Trump ernst gemacht und den Vertrag aufgekündigt. In weniger als sechs Monaten könnte der für Europa so wichtige Abrüstungsvertrag Geschichte sein. Die Bundesregierung muss jetzt alles dafür tun, eine nukleare Aufrüstung und die Rückkehr von Mittelstreckenraketen nach Europa zu verhindern. Sie muss für Vertrauen zwischen den Parteien werben und die Möglichkeit für gegenseitige Inspektionen ausloten. Wer dagegen jetzt damit beginnt, großspurig über Aufrüstung in Europa zu diskutieren, nimmt das Risiko einer unkalkulierbaren Rüstungsspirale in Kauf. Es braucht gerade jetzt

## » FEMINISTISCHE AUSSENPOLITIK

Mit einem Antrag für eine feministische Außenpolitik fordern wir die Bundesregierung auf, dem Beispiel von Schweden und Kanada zu folgen und die Rechte, die Repräsentation und den Zugang zu Ressourcen von Frauen, Mädchen und marginalisierten Gruppen stärker ins Zentrum internationaler Politik zu stellen. Die Durchsetzung und Stärkung von Rechten für Frauen und Mädchen ist dabei genauso wichtig wie ihre gleichberechtigte Repräsentation in internationalen Institutionen und bei Verhandlungen. Längst ist erwiesen, dass Friedensverhandlungen erfolgreicher sind und Friedensabkommen länger halten, wenn Frauen an ihnen beteiligt sind. Seit Januar 2019 ist Deutschland wieder nicht ständiges Mitglied im UN Sicherheitsrat. Unser Antrag enthält konkrete Vorschläge, wie Deutschland in der UN und der EU eine feministische Außenpolitik umsetzen kann.

[www.gruene-bundestag.de/feministische-aussenpolitik](http://www.gruene-bundestag.de/feministische-aussenpolitik)

# AK FÜNF

Wissen, Generationen & Gesundheit

## » WEG MIT DEM § 219a

Die Bundesregierung hat ihren Kompromiss zu § 219a Strafgesetzbuch verabschiedet. Ärztinnen und Ärzte dürfen nun auf ihrer Website angeben, dass sie Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Alle darüber hinausgehenden Informationen – zum Beispiel mit welcher Methode – bleiben verboten. Verlinkt werden kann zur Bundesärztekammer, wo dann weitere Informationen abrufbar sind. Wir halten dieses Ergebnis für bürokratisch und frauenfeindlich. Die Regierung bleibt bei ihrem Misstrauen gegenüber Frauen und Ärztinnen und Ärzten. Die Versorgungssicherheit von ungewollt Schwangeren wird nicht verbessert, da der § 219a weiter zur Stigmatisierung von Abbrüchen beiträgt. Die Union hat sich weitgehend durchgesetzt. Dazu soll es fünf Millionen Euro für eine Studie zu den seelischen Folgen von Abbrüchen geben, obwohl dazu bereits Ergebnisse aus anderen Ländern vorliegen. Wir fordern stattdessen die Aufhebung des § 219a und damit Rechtssicherheit für Ärztinnen und Ärzte und ausreichende Informationen für Frauen.

[www.gruene-bundestag.de/219a](http://www.gruene-bundestag.de/219a)

## » MEHR KOOPERATION WAGEN

Die Grundgesetzänderung ist geschafft. Der Bund erhält in Zukunft mehr Möglichkeiten, Länder und Kommunen beim Ausbau von Schulen und Horten zu unterstützen. Das ist ein Gewinn für die Bildungsgerechtigkeit in der ganzen Republik: Denn egal ob Flensburg oder Stuttgart, Gelsenkirchen oder Dessau – alle Kinder und Jugendlichen haben das Recht auf gut ausgestattete Schulen und modernen Unterricht. Damit kann endlich auch der Digitalpakt starten, auf den Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte schon viel zu lange warten. Whiteboards und Tablets im Klassenzimmer sind für uns aber nur der Anfang. Gute Ganztagschulen, inklusives Lernen und die Förderung von Schulen in sozialen Brennpunkten sind die nächsten Baustellen. Bund, Länder und Kommunen stehen hier gemeinsam in der Verantwortung. Mit der Grundgesetzänderung ist das Fundament für ein Stück mehr Miteinander in der Bildungspolitik gelegt. Damit auf diesem Fundament auch tatsächlich gerechte Chancen entstehen, muss die Bundesregierung den Spielraum der Verfassung auch mit Leben füllen und in die Köpfe von morgen investieren.

[www.gruene-bundestag.de/digitalpakt](http://www.gruene-bundestag.de/digitalpakt)

MÖGE DIE  
**MACHT**  
MIT UNS  
SEIN!

Kein frommer Wunsch, sondern klarer Arbeitsauftrag, dies verdeutlichen unsere Politikerinnen beim Parlamentarischen Abend zum Internationalen Frauentag im März. „Es muss sich viel mehr tun, ein Jahr Große Koalition hat zu wenig gebracht“, so Katrin Göring-Eckardt in ihrer Begrüßung. „Wir setzen uns weiter dafür ein“, betonte Ulla Schauws, Sprecherin für Frauenpolitik, „dass § 219a endlich gestrichen wird“.

„Den steigenden Männeranteil in den Parlamenten werden wir nicht hinnehmen“, erklärte Katja Dörner, stellv. Fraktionsvorsitzende. Ein Blick nach Frankreich und Irland zeigte, was dort bereits erreicht wurde. So konnte Frankreich mit seinem Parité-Gesetz den Anteil von Frauen im Parlament seit dem Jahr 2000 erheblich steigern. Es zwingt die Parteien, für die Wahl zur Nationalversammlung die gleiche Anzahl von Frauen und Männern in den Wahlkreisen aufzustellen. Irland hat sich per Referendum für eine Streichung des Abtreibungsverbots aus der Verfassung entschieden. „We are the persistence“, resümierte Síona Cahill begeistert ihre erfolgreiche Kampagne.

Im Anschluss an die Podiumsdiskussion mit Anne-Marie Descôtes, Botschafterin Frankreichs in Deutschland, und Síona Cahill, Präsidentin der Studentenvereinigung in Irland, diskutierten die Gäste noch bis in die Nacht mit unseren Abgeordneten weiter.

[www.gruene-bundestag.de/frauen](http://www.gruene-bundestag.de/frauen)



**REGIERUNG FOR FUTURE GESUCHT:  
KLIMAKRISE STOPPEN – KLIMASCHUTZ MACHEN!**

Seit mehreren Wochen streiken Schülerinnen und Schüler auf der ganzen Welt jeden Freitag für mehr Klimaschutz – für ihre und unsere Zukunft. Allein in Deutschland gingen am 15. März in fast 200 Orten Hunderttausende auf die Straße und forderten bessere Maßnahmen gegen die Klimakrise. Die Jugend, die sich hinter Fridays for Future hat verstanden, dass wir jetzt handeln müssen. Anstatt ihr Anliegen ernst zu nehmen, debattiert die Bundesre-

gierung über Schulpflicht und schweigt zum Klimaschutz. Die grüne Bundestagsfraktion hat das Thema in einer Aktuellen Stunde auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt und unsere Forderungen für wirksamen Klimaschutz vorgestellt. Wir machen weiter Druck, damit Schülerinnen und Schüler auch freitags wieder zur Schule gehen können.

[www.gruene-bundestag.de/klimaschutz](http://www.gruene-bundestag.de/klimaschutz)

Foto: Shutterstock

Foto: Stefan Maak

# ATOMAUSSTIEG WELTWEIT

**Deutschland hat den Atomausstieg beschlossen, global dreht sich das Atomkraftkarussell weiter.**

Anlässlich des achten Jahrestags des Reaktorunfalls in Fukushima lud die grüne Bundestagsfraktion zu einer Konferenz in den Bundestag. In international besetzten Panels mit Regierungsmitgliedern, NGOs und GewerkschafterInnen unter anderem aus Frankreich, Polen, der Ukraine und Deutschland diskutierten wir kontrovers, welcher Energie die Zukunft gehört, ob und wie Deutschland ein Wegweiser beim weltweiten Atomausstieg sein kann, wie sich die EU verhalten soll und wie der nicht mehr zeitgemäße EURATOM-Vertrag hierfür reformiert werden muss.

Auch in Deutschland ist der Ausstieg noch nicht abgeschlossen, wengleich im europäischen Vergleich auf einem guten Weg. In Ländern wie Frankreich, Polen oder China erhält die Atomkraft Rückenwind, weil die EntscheidungsträgerInnen dort der Ansicht sind, Atomkraft sei klimafreundlicher und billiger. Kosten und Risiken des Uranabbaus, der Atommüllendlagerung und der Folgen eines Reaktorunfalls blenden sie aus, obwohl Tschernobyl und Fukushima zeigen, dass man sich von einem Super-Gau nicht erholt, wie Sylvia Kotting-Uhl eindringlich sagte.

Anton Hofreiter appellierte an die Bundesregierung, den Atomausstieg zu einem Exportschlager zu machen. Dem Bewusstsein dafür, dass die erneuerbaren Energien in jeder Hinsicht der Atomkraft überlegen sind und unsere komplette Energieversorgung bezahlbar gewährleisten können, muss sie auch international zum Durchbruch verhelfen.

[www.gruene-bundestag.de/atomausstieg](http://www.gruene-bundestag.de/atomausstieg)

## TERMINE

immer aktuell unter:

[www.gruene-bundestag.de/Termine](http://www.gruene-bundestag.de/Termine)

### DEMOKRATIE UND WAHLEN GEGEN HYBRIDE BEDROHUNGEN SCHÜTZEN

Fachgespräch am 6.5. in Berlin

AK 4 Koordination, TEL 030/227 58944

[ak4@gruene-bundestag.de](mailto:ak4@gruene-bundestag.de)

### QUEER LIVES MATTER

Parlamentarischer Regenbogenabend  
am 10.5. in Berlin

AK 3 Koordination, TEL 030/227 58900

[ak3@gruene-bundestag.de](mailto:ak3@gruene-bundestag.de)

### UNDER PRESSURE – KUNST UND FREIHEIT

Parlamentarischer Abend Kulturpolitik  
am 14.5. in Berlin

AK 5 Koordination, TEL 030/227 51066

[ak5@gruene-bundestag.de](mailto:ak5@gruene-bundestag.de)

### WALDZERSTÖRUNG STOPPEN – UNSERE GRÜNE LUNGE RETTEN

Konferenz am 14.6. in Berlin

AK 2 Koordination, TEL 030/227 51460

[ak2@gruene-bundestag.de](mailto:ak2@gruene-bundestag.de)

### 10 JAHRE BEHINDERTEN- KONVENTION

Konferenz am 23.9. in Berlin

AK 1 Koordination, TEL 030/227 58909

[ak1@gruene-bundestag.de](mailto:ak1@gruene-bundestag.de)

## PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl, mehr unter:

[www.gruene-bundestag.de/Publikationen](http://www.gruene-bundestag.de/Publikationen)

### BROSCHÜRE

Die grüne Bundestagsfraktion

in der 19. WP ..... 19/02

### FLYER

Kohleausstieg konsequent ..... 19/30

Der Armut keine Chance ..... 19/23

Natürlich gut essen ..... 19/20

### LEPORELLO

Bleibeperspektiven stärken .... 19/29

Gute Pflege verdient mehr ..... 19/31

### POSTKARTE

Kükenschreddern beenden ..... 19/27

Ernährungswende jetzt! ..... 19/21

### READER

Antiziganismus in Deutschland

und Europa ..... 19/28

Jahreswohlstandsbericht 2019 .. 19/25

Bestellungen an:

Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-  
fraktion, Versand, 11011 Berlin, oder:  
[versand@gruene-bundestag.de](mailto:versand@gruene-bundestag.de)


profil:GRÜN ist die Zeitschrift der  
Bundestagsfraktion. Sie erscheint  
vier Mal im Jahr und kann unter oben  
stehender Adresse bestellt werden.

## ONLINE


Tagesaktuelle Nachrichten, Fraktions-  
beschlüsse, Initiativen, Bundestags-  
reden, Videos und Newsletter auf  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

### UNSER VIDEO-TIPP:


[www.gruene-bundestag.de/no-hate](http://www.gruene-bundestag.de/no-hate)  
Ihre Kommentare, Ideen und Fragen  
können Sie uns auch über die sozialen  
Netzwerke schicken:

 [twitter.com/GrueneBundestag](https://twitter.com/GrueneBundestag)

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/  
Gruene.im.Bundestag](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)

 Der grüne Kanal bei YouTube:  
[youtube.com/GRUENE](https://www.youtube.com/GRUENE)

 Unsere Fotos bei flickr:  
[flickr.com/gruene-bundestag](https://www.flickr.com/gruene-bundestag)